



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

42. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. Dezember 1989

Nummer 82

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20041	14. 10. 1989	RdErl. d. Innenministers, zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Landesminister Richtlinien für das Behördliche Vorschlagwesen in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen	1658
2005	8. 11. 1989	RdErl. d. Innenministers Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz	1659
2131	8. 11. 1989	RdErl. d. Innenministers Verwaltungsvorschrift über die Dienstgradabzeichen der Feuerwehren	1660
2135	9. 11. 1989	RdErl. d. Innenministers Feuerwehr-Dienstvorschrift 14 (FwDV 14); „Gefährliche Stoffe und Güter“	1663
2180	8. 11. 1989	Bek. d. Innenministers Verbot von Vereinen – Verein „C“ Jasmin“, Mönchengladbach –	1663
220	13. 6. 1989	Staatspreis für das Kunsthandwerk im Lande Nordrhein-Westfalen	1663
641	15. 11. 1989	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Ablösung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues (Ablösungsbestimmungen)	1663
7132	20. 11. 1989	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Vergütungsordnung für Leistungen des Staatlichen Materialprüfungsamtes Nordrhein-Westfalen . . .	1663

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Innenminister	Seite
13. 11. 1989	Bek. – Anerkennung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen für Feuerwehren	1664
13. 11. 1989	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr Bek. – Beschlüsse der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) vom 30. Oktober 1989	1671
4. 12. 1989	Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe Änderungen der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KZVWL)	1668
4. 12. 1989	Bek. – Festsetzung des Verwaltungskostenbeitrages für das Haushaltsjahr 1990	1670
	Hinweis Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 56 v. 4. 12. 1989	1671

I.

20041

Richtlinien für das Behördliche Vorschlagswesen in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Innenministers,
zugleich im Namen des Ministerpräsidenten
und aller Landesminister v. 14. 10. 1989 -
V A 4/15 - 80

1 Ziel und Zweck des Vorschlagwesens

Das Behördliche Vorschlagswesen ist eine ständige Einrichtung der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen. Das unablässige Bemühen, zu einer Leistungsverbesserung in der Verwaltung zu kommen, kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Beschäftigten dieses Anliegen nach besten Kräften unterstützen. Ziel des Vorschlagwesens ist es daher, diese Bereitschaft der Beschäftigten zu fördern sowie die Kenntnisse und Erfahrungen aus ihrer Berufspraxis über den dienstlichen Pflichtenkreis hinaus für die Verwaltung nutzbar zu machen.

2 Gegenstand des Vorschlagwesens

- 2.1 Das Vorschlagswesen bezieht sich auf die gesamte Tätigkeit der Landesverwaltung. Gegenstand des Vorschlagwesens sind Anregungen aller Art, die geeignet sind, die Verwaltung zu vereinfachen, zu verbessern oder wirtschaftlicher zu gestalten. Sie können sich auch auf kleinere Teilgebiete oder Ausschnitte der Verwaltungstätigkeit beschränken oder nur örtliche Bedeutung haben.

Gegenstand des Vorschlagwesens können insbesondere sein:

- die Verbesserung der Betreuung der Bürger,
- die Verbesserung von Aufbau und Organisation der Landesverwaltung,
- die Vereinfachung und Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens und des Arbeitsablaufs (auch ADV-Verfahren),
- der Einsatz und die bessere Ausnutzung maschineller und technischer Hilfsmittel sowie die Erleichterung der Arbeitserledigung durch die Beschäftigten durch funktions- und mitarbeitergerechte Einrichtungen und der Unfallschutz,
- der Abbau nicht mehr notwendiger sowie die Vereinfachung und verständlichere Gestaltung weiterhin erforderlicher Landesvorschriften,
- der Abbau von Aufgaben, Teilaufgaben oder Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung, für deren weitere Wahrnehmung keine Notwendigkeit mehr besteht oder deren Durchführung einen Aufwand verursacht, der in keinem vertretbaren Verhältnis zu dem angestrebten Erfolg steht, soweit die Realisierung im Verwaltungswege möglich ist,
- Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes, zur Einsparung von Energie und Rohstoffen sowie zur Wiederverwendung von Altmaterial.

2.2 Nicht zugelassen sind Vorschläge, die

- 2.2.1 sich auf das Ergebnis der pflichtgemäßen Tätigkeit im Rahmen dienstlicher Aufgaben beziehen,
- 2.2.2 nur allgemeine Anregungen enthalten oder nur unbedeutende Vorteile erwarten lassen oder Änderungen des Bundesrechts zur Voraussetzung haben.
- 2.3 Verbesserungsvorschläge, die patent- oder gebrauchsmusterfähige Erfindungen oder solche technischen Vorschläge enthalten, die der Behörde eine ähnliche Vorzugsstellung wie ein gewerbliches Schutzrecht gewähren, fallen nicht unter die Richtlinien. Sie unterliegen dem Gesetz über Arbeitnehmererfindungen vom 25. Juli 1957 (BGBl. I S. 756).

3 Teilnahmeberechtigung

- 3.1 Teilnahmeberechtigt sind alle derzeitigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Lande Nordrhein-

Westfalen sowie auch solche, die sich schon im Ruhestand befinden.

- 3.2 Gemeinsame Vorschläge mehrerer Angehöriger des öffentlichen Dienstes sind zulässig.

4 Form, Kennzeichnung und Einreichen der Vorschläge

- 4.1 Vorschläge sind kurz und verständlich abzufassen und bei Bedarf mit Skizzen, Fotos oder Entwürfen zu erläutern und durch die notwendigen Unterlagen (z. B. Vordruckmuster) zu vervollständigen. Der erwartete Erfolg ist darzulegen. Am Schluß des Vorschlags soll der Einsender angeben, ob der Vorschlag eigenes Gedankengut ist, welche Vorbilder dem Vorschlag ggf. zugrunde liegen und ob der Vorschlag aus dem eigenen oder einem fremden Arbeitsgebiet stammt. Vorschlag und Anlagen werden zweifach benötigt. Für mehrere gleichzeitig eingereichte Vorschläge sind jeweils gesonderte Blätter zu verwenden.

- 4.2 Dem Vorschlag sind folgende persönliche Angaben beizufügen:

- Name, Vorname
- Amts-/Dienstbezeichnung
- Personalnummer
- Privatschrift
- Dienststelle
- Arbeitsgebiet/Funktion

Bei gemeinsamen Vorschlägen sind diese Angaben für jeden Einsender erforderlich.

- 4.3 Der Vorschlag kann auf Wunsch anonym behandelt werden. Er ist dann ohne offene Absenderangabe einzureichen und mit einer Kennziffer zu versehen. Die Angaben zur Person sind in einem verschlossenen Umschlag beizufügen; der Umschlag ist ebenfalls mit der Kennziffer zu versehen.

- 4.4 Der Einsender kann in seinem Vorschlag bestimmen, ob und inwieweit er im Laufe des weiteren Verfahrens unbekannt bleiben möchte (z. B. Vernichtung des Namensumschlags im Fall der Ablehnung nach Nummer 7.2, Verzicht auf Bekanntgabe seines Namens bei der Veröffentlichung des Vorschlags und/oder die Aufnahme eines entsprechenden Vermerks in die Personalakten nach Nummer 6.6).

- 4.5 Vorschläge sind auf einem besonderen Vordruck oder formlos in einem verschlossenen Briefumschlag unmittelbar zu richten an den

Interministeriellen Ausschuß
für das Behördliche Vorschlagswesen
im Lande Nordrhein-Westfalen
- Geschäftsstelle -
Haroldstraße 5
4000 Düsseldorf 1

Der Briefumschlag soll mit dem Stichwort „Verbesserungsvorschlag“ gekennzeichnet sein.

- 4.6 Mit der Einsendung von Verbesserungsvorschlägen unterwirft sich der Teilnehmer den Richtlinien für das Behördliche Vorschlagswesen. Er erkennt die Entscheidung des Ausschusses (Nummer 5), der das Willkürverbot zu beachten hat, als endgültig an. Der Rechtsweg ist insoweit ausgeschlossen.

5 Prüfungsausschuß

- 5.1 Über die Annahme (Anerkennung) oder Ablehnung eines Vorschlags sowie die Gewährung einer Prämie und deren Höhe entscheidet der Ausschuß für Organisationsfragen als Interministerieller Ausschuß für das Behördliche Vorschlagswesen; er überträgt diese Aufgaben einem Unterausschuß (Prüfungsausschuß).

Der Ausschuß für Organisationsfragen erläßt eine Geschäftsordnung.

- 5.2 Der Prüfungsausschuß setzt sich aus den Leitern der Organisationsreferate der Ministerien und der Staatskanzlei zusammen. Den Vorsitz führt der Leiter des Organisationsreferats des Innenministe-

- riums. Die Leiter der Organisationsreferate können sich in den Sitzungen vertreten lassen. Der Prüfungsausschuß kann besonders fachkundige Personen oder Stellen zur Beratung hinzuziehen.
- 5.3 Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist; er faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Mitglieder sind bei der Ausübung des Stimmrechts nicht an Weisungen gebunden.
- 5.4 Eine Anerkennung kann nicht gegen oder ohne die Stimme des für die Durchführung des Vorschlags federführenden Ministeriums erfolgen.
- 5.5 Die Geschäftsführung des Ausschusses obliegt dem Innenminister.
- 6 Annahme**
- 6.1 Anzunehmen sind Vorschläge, die für die Landesverwaltung neuartig sind, eine spürbare Verbesserung oder größere Einsparungen erwarten lassen und mit vertretbarem Aufwand verwirklicht werden können.
- 6.2 Der Einsender eines angenommenen Vorschlags erhält eine Anerkennungsurkunde der Landesregierung und eine Prämie, die mindestens 150,- Deutsche Mark und höchstens 10 000,- Deutsche Mark beträgt. Die Höhe der Prämie richtet sich insbesondere nach der schöpferischen Leistung des Einsenders, dem Grad der Durchführungsreife und dem voraussichtlichen Nutzen für die Landesverwaltung. Für herausragende Vorschläge kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine höhere Prämie gewährt werden.
- 6.3 Zuerkannte Prämien sind steuerpflichtig. Mit der Zahlbarmachung der Prämien wird das Landesamt für Besoldung und Versorgung beauftragt; bei Angehörigen der Landesverwaltung übernimmt es auch die Festsetzung und Abführung der Steueranteile sowie ggf. der Beiträge zur Sozialversicherung.
- 6.4 Die Gewährung von Prämien ist von der Dienststelle in den Personalakten zu vermerken.
- 6.5 Angenommene Vorschläge werden im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen unter Angabe des Namens des Einsenders, des Gegenstandes des Vorschlags und der Höhe der Belohnung veröffentlicht.
- 6.6 Auf Wunsch des Einsenders (vgl. Nummer 4.4) unterbleibt die Aufnahme des Vermerks in die Personalakten und/oder die Bekanntgabe seines Namens bei der Veröffentlichung im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.
- 7 Ablehnung**
- 7.1 Für abgelehnte Vorschläge, die eine Anerkennung wegen des damit verbundenen Aufwandes an Fleiß und Mühe verdienen sowie für Vorschläge, die wegen anderer gleichartiger Vorschläge nicht angenommen werden können, kann ein Anerkennungspreis zuerkannt werden. Nummer 6.3 gilt entsprechend.
- 7.2 Die Gründe für die Ablehnung seines Vorschlags sind dem Einsender an die Privatanschrift kurz mitzuteilen, soweit nicht der Namensumschlag auf seinen Wunsch ungeöffnet vernichtet worden ist (vgl. Nummer 4.4).
- 8 Verwirklichung der Vorschläge**
- Das zuständige Ressort verwirklicht anerkannte Vorschläge in eigener Verantwortung und teilt dem Ausschuß das Ergebnis mit. Bei der Durchführung der Vorschläge können die Beschäftigten, die den Vorschlag eingereicht haben, beteiligt werden.
- 9 Werbung**
- Auf die Abgabe von Verbesserungsvorschlägen ist in angemessenen Abständen durch besondere Aufrufe hinzuwirken; zu diesem Zwecke können Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit angezeigt sein.

10 Erfahrungsaustausch

Auf der Grundlage der Veröffentlichung der angenommenen Vorschläge in den amtlichen Verkündungsblättern werden zwischen Bund und Ländern interessierende Vorschläge ausgetauscht.

11 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Mit Inkrafttreten der Richtlinien wird die Bek. d. Landesregierung v. 7. 5. 1958 (SMBL. NW. 20041) aufgehoben.

- MBL. NW. 1989 S. 1658.

2005

Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz

RdErl. d. Innenministers v. 8. 11. 1989 -
I B 2/15.20.321

I.

Das Verzeichnis der Aufgaben, die Landesmittelbehörden im Bezirk anderer Landesmittelbehörden übertragen worden sind (Anlage 1 zu den Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz, RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 - SMBL. NW. 2005 -), wird wie folgt geändert:

Die Nummer 1.1.2 erhält folgende Fassung:

1.1.2 Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes - KHG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1985 (BGBl. 1986 I S. 33), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477), mit Ausnahme der Durchführung der Bundespflegesatzverordnung, der Gewährung von Anlauf- und Umstellungskosten und der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 10 KHBV, soweit Einrichtungen der Bundesknappschaft betroffen sind (Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Krankenhauswesens - KHZV - vom 20. Juni 1989 - GV. NW. S. 431/SGV. NW. 2128 -).

Die Nummern 4.5.1 und 5.3.1 erhalten jeweils folgende Fassung:

Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes - KHG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1985 (BGBl. 1986 I S. 33), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477), mit Ausnahme der Durchführung der Bundespflegesatzverordnung, der Gewährung von Anlauf- und Umstellungskosten und der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 10 KHBV (Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Krankenhauswesens - KHZV - vom 20. Juni 1989 - GV. NW. S. 431/SGV. NW. 2128 -),

II.

Das Verzeichnis der Aufgaben, die unteren Landesbehörden im Bezirk anderer unterer Landesbehörden übertragen worden sind (Anlage 2 zu den Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz, RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 - SMBL. NW. 2005 -), wird wie folgt geändert:

In Nummer 8.6 werden nach den Wörtern

„zuständige Behörde für die Beschußprüfung nach den §§ 16 bis 19 Waffengesetz“

die Wörter

„und für die Zulassung von Munition nach § 25 Waffengesetz“

eingefügt.

III.

Die Übersicht über die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen unterstehen (Anlage 3 zu den Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz, RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 – SMBl. NW. 2005 –) wird wie folgt geändert:

In dem Abschnitt

„Landesunmittelbare Sozialversicherungsträger und deren Verbände“

werden die Wörter

„Verband der Ortskrankenkassen Rheinland, Düsseldorf“

durch die Wörter

„AOK-Landesverband Rheinland, Düsseldorf“;

die Wörter

„Landesverband der Innungskrankenkassen Nordrhein und Rheinland-Pfalz in Bergisch Gladbach“

durch die Wörter

„IKK-Landesverband Nordrhein und Rheinland-Pfalz, Bergisch Gladbach“;

die Wörter

„Landesverband der Innungskrankenkassen Westfalen-Lippe in Münster“

durch die Wörter

„IKK-Landesverband Westfalen-Lippe, Münster“;

die Wörter

„Kassenverbände nach § 406 RVO“

durch die Wörter

„Kassenverbände nach § 406 RVO a. F./§ 218 SGB V“

ersetzt.

– MBl. NW. 1989 S. 1659.

2131

Verwaltungsvorschrift über die Dienstgradabzeichen der Feuerwehren

RdErl. d. Innenministers v. 8. 11. 1989 –
II D 4 – 4421 – 1

Mein RdErl. v. 22. 2. 1983 (SMBl. NW. 2131) wird wie folgt geändert:

Nach dem letzten Absatz „Der Sprecher der ... tragen.“ wird folgender neuer Absatz angehängt:

Die Funktionsabzeichen werden am rechten Unterarm des Dienstrocks und des Dienstmantels getragen.

Die Anlage zu diesem RdErl. wird wie folgt geändert:

Unter „Dienstgradabzeichen“ wird der Abschnitt

„c) Werkfeuerwehr (hauptberufliche Kräfte)“ neu gefaßt.

c) Werkfeuerwehr (freiwillige Kräfte)

Lfd. Nr.	Dienstgrad	Dienststellung	Abzeichen	
			a) Höhe des Grundtuches b) Farbe der Mittelfeld- einfassung c) Farbe und Anzahl der Streifen	Mützenband oder -kordel der Dienstmütze
1	Feuerwehrmann- Anwärter	Truppmann	a) 38 mm b) rot c) keine	schwarzes Lacklederband, zweifach, verstellbar
2	Feuerwehrmann	Truppmann	a) 38 mm b) rot c) rot; einer	wie bei lfd. Nr. 1
3	Oberfeuerwehrmann	Truppmann	a) 51 mm b) rot c) rot; zwei	wie bei lfd. Nr. 1
Truppführer-Lehrgang F II				
4	Unterbrandmeister	Truppführer (Trupp als nicht selbständige taktische Einheit)	a) 64 mm b) rot c) rot; drei	wie bei lfd. Nr. 1
Gruppenführer-Lehrgang F III				
5	Brandmeister	stellv. Gruppenführer/ Gruppenführer	a) 51 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; zwei	rotsilber-gedrillte Kordel (8 mm Ø), zweifach, verstellbar
6	Oberbrandmeister	Gruppenführer	a) 64 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; drei (nach mehrjähriger Dienstzeit)	wie bei lfd. Nr. 5

Lfd. Nr.	Dienstgrad	Dienststellung	Abzeichen	Mützenband oder -kordel der Dienstmütze
			a) Höhe des Grundtuches b) Farbe der Mittelfeld- einfassung c) Farbe und Anzahl der Streifen	
Zugführer-Lehrgang F IV				
7	Hauptbrandmeister	stellv. Zugführer	a) 77 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; vier	wie bei lfd. Nr. 5
8	Hauptbrandmeister	Zugführer	a) 38 mm b) silberfarben c) silberfarben; einer	silberfarbene Kordel (8 mm Ø), zweifach, verstellbar
Lehrgang WF V/VI				
9	Hauptbrandmeister	stellv. Wehrführer	a) 51 mm b) silberfarben c) silberfarben; zwei	wie bei lfd. Nr. 8
10	Hauptbrandmeister	Wehrführer	a) 51 mm b) silberfarben c) silberfarben; drei	wie bei lfd. Nr. 8

Unter „Dienstgradabzeichen“ wird der Abschnitt
„d) Werkfeuerwehr (nebenberufliche Kräfte)“ neu gefaßt.

d) Werkfeuerwehr (hauptberufliche Kräfte)

Lfd. Nr.	Dienstgrad	Dienststellung	Abzeichen	Mützenband oder -kordel der Dienstmütze
			a) Höhe des Grundtuches b) Farbe der Mittelfeld- einfassung c) Farbe und Anzahl der Streifen	
1	Feuerwehrmann- Anwärter	Truppmann	a) 38 mm b) rot c) keine	schwarzes Lacklederband, zweifach, verstellbar
2	Feuerwehrmann	Truppmann	a) 38 mm b) rot c) rot; einer	wie bei lfd. Nr. 1
3	Oberfeuerwehrmann	Truppmann	a) 51 mm b) rot c) rot; zwei	wie bei lfd. Nr. 1
4	Unterbrandmeister	Truppführer (Trupp als nicht selbständige taktische Einheit)	a) 64 mm b) rot c) rot; drei	wie bei lfd. Nr. 1
5	Unterbrandmeister	Truppführer (Trupp als nicht selbständige taktische Einheit; nach mehrjähriger Dienstzeit)	a) 77 mm b) rot c) rot; vier	wie bei lfd. Nr. 1
Gruppenführer-Lehrgang B III				
6	Brandmeister	stellv. Gruppenführer/ Gruppenführer	a) 51 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; zwei	rotsilber-gedrillte Kordel (8 mm Ø), zweifach, verstellbar
7	Oberbrandmeister	Gruppenführer	a) 64 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; drei	wie bei lfd. Nr. 6
8	Hauptbrandmeister	stellv. Zugführer	a) 77 mm b) rotsilber-gedrillt c) rot; vier	wie bei lfd. Nr. 6

Lfd. Nr.	Dienstgrad	Dienststellung	Abzeichen	
			a) Höhe des Grundtuches b) Farbe der Mittelfeld- einfassung c) Farbe und Anzahl der Streifen	Mützenband oder -kordel der Dienstmütze
Brandinspektor-Lehrgang B IV				
9	Brandinspektor- Anwärter		a) 38 mm b) silberfarben c) keine	silberfarbene Kordel (8 mm Ø), zweifach, verstellbar
10	Brandinspektor	Zugführer	a) 38 mm b) silberfarben c) silberfarben; einer	wie bei lfd. Nr. 9
11	Brandoberinspektor	Zugführer	a) 51 mm b) silberfarben c) silberfarben; zwei	wie bei lfd. Nr. 9
12	Brandoberinspektor	Zugführer (nach mehrjähriger Dienstzeit)	a) 64 mm b) silberfarben c) silberfarben; drei	wie bei lfd. Nr. 9
Lehrgang WF V/VI				
13	stellv. Leiter der Werkfeuerwehr	stellv. Wehrführer	a) 77 mm b) silberfarben c) silberfarben; vier	wie bei lfd. Nr. 9
14	Leiter der Werkfeuerwehr	Wehrführer	a) 90 mm b) silberfarben c) silberfarben; fünf	wie bei lfd. Nr. 9
15	Brandreferendar		a) 38 mm b) goldfarben c) keine	goldfarbene Kordel (8 mm Ø), zweifach, verstellbar
16	Brandingenieur	Abschnittsleiter	a) 38 mm b) goldfarben c) goldfarben; einer	wie bei lfd. Nr. 15
17	1. Brandingenieur	stellv. Abschnittsleiter	a) 51 mm b) goldfarben c) goldfarben; zwei	wie bei lfd. Nr. 15
18	Brandoberingenieur	Abschnittsleiter (nach mehrjähriger Dienstzeit)	a) 64 mm b) goldfarben c) goldfarben; drei	wie bei lfd. Nr. 15
19	Leiter der Werkfeuerwehr	Wehrführer	a) 77 mm b) goldfarben c) goldfarben; vier	wie bei lfd. Nr. 15
20	Direktor der Werkfeuerwehr	Wehrführer	a) 90 mm b) goldfarben c) goldfarben; fünf	wie bei lfd. Nr. 15

2135

**Feuerwehr-Dienstvorschrift 14
(FwDV 14)****„Gefährliche Stoffe und Güter“**RdErl. d. Innenministers v. 9. 11. 1989 -
II D 4 - 4.385 - 114

Aufgrund des § 26 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) vom 25. Februar 1975 (GV. NW. S. 182), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. März 1989 (GV. NW. S. 102), - SGV. NW. 213 - setze ich die Feuerwehr-Dienstvorschrift 14 (FwDV 14) in Kraft.

Von einem Abdruck im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen wird wegen des Umfangs der Vorschriften abgesehen.

Die FwDV 14 kann im Buchhandel erworben werden.

- MBl. NW. 1989 S. 1663.

2180

Verbot von Vereinen

Verein „C“ Jasmin“, Mönchengladbach

Bek. d. Innenministers v. 8. 11. 1989 -
IV A 3 - 2205

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 489), wird nachstehend der verfügbare Teil des vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen am 4. 11. 1989 erlassenen Vereinsverbots bekanntgemacht:

Verfügung:

1. Der Zweck und die Tätigkeit des Vereins „C“ Jasmin“, Mönchengladbach, laufen den Strafgesetzen zuwider.
2. Der Verein „C“ Jasmin“ ist verboten. Er wird aufgelöst.
3. Dem Verein „C“ Jasmin“ ist jede Tätigkeit verboten. Die Bildung von Ersatzorganisationen ist untersagt.
4. Das Vermögen des Vereins „C“ Jasmin“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung der Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

- MBl. NW. 1989 S. 1663.

220

**Staatspreis für das Kunsthandwerk
im Lande Nordrhein-Westfalen
(13. 6. 1989)**

Die Satzung des Staatspreises für das Kunsthandwerk im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bek. v. 10. 2. 1987 (MBl. NW. S. 721/SMBL. NW. 220) wird gemäß Beschluß der Landesregierung vom 13. Juni 1989 wie folgt geändert:

In Abschnitt II Nr. 1 Satz 1 wird die Zahl „7000,- DM“ durch die Zahl „10000,- DM“ ersetzt.

- MBl. NW. 1989 S. 1663.

641

**Ablösung von Darlehen
zur Förderung des Wohnungsbaues
(Ablösungsbestimmungen)**RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr v. 15. 11. 1989 -
IV C2 - 4147 - 830/89**I.**

Der RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 11. 7. 1983 (SMBL. NW. 641) wird wie folgt geändert:

1. Der einleitende Satz erhält die Fassung:
Für die Ablösung von Darlehen (§ 69 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes - II. WoBauG - in Verbindung mit der Ablösungsverordnung - AbIV -), die für den Bau eines Eigenheims, einer Eigensiedlung oder einer eigengenutzten Eigentumswohnung bewilligt worden sind, wird bestimmt:
2. In Nummer 7 wird als Satz 1 eingefügt:
Die AbIV enthält keine Regelungen zur Bestimmung des Zins- und Tilgungssatzes bei der Ablösung von Aufwendungsdarlehen; sie ist mit folgender Maßgabe entsprechend anzuwenden.
3. Der bisher einzige Satz der Nummer 7 wird Satz 2.
4. Nummer 7.1 erhält die Fassung:
7.1 Als maßgebender Zinssatz ist der nach dem Darlehensvertrag zulässige Satz in der Höhe anzusetzen, wie er mit Zustimmung des für das Wohnungswesen zuständigen Ministers zum Zeitpunkt des Ablösungsantrages tatsächlich erhoben wird. Maßgebender Tilgungssatz ist der im Darlehensvertrag vereinbarte Satz.
5. Nummer 7.2 erhält die Fassung:
7.2 Die Laufzeit des Darlehens entsprechend § 6 AbIV beginnt mit dem Ende des Jahres, in dem die erste Darlehensrate ausgezahlt worden ist.
6. Nummer 7.4 wird gestrichen.
7. In Nummer 9 werden die Worte „Minister für Landes- und Stadtentwicklung“ ersetzt durch die Worte „für das Wohnungswesen zuständigen Minister“.

II.

Die Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft.

- MBl. NW. 1989 S. 1663.

7132

**Vergütungsordnung
für Leistungen des Staatlichen
Materialprüfungsamtes Nordrhein-Westfalen**RdErl. d. Ministers für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie v. 20. 11. 1989 -
124 - 55 - 10 - 18/89

Die in Nummer 2.1 meines RdErl. v. 15. 11. 1978 (SMBL. NW. 7132) aufgeführten Stundensätze werden wie folgt erhöht:

- a) der Stundensatz in Nummer 2.1.1 von „DM 113,00“ auf „DM 121,00“,
- b) der Stundensatz in Nummer 2.1.2 von „DM 104,00“ auf „DM 111,00“,
- c) der Stundensatz in Nummer 2.1.3 von „DM 87,00“ auf „DM 93,00“.

Dieser RdErl. tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

- MBl. NW. 1989 S. 1663.

II.

Innenminister

**Anerkennung
von Tragkraftspritzen,
Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen für Feuerwehren**

Bek. d. Innenministers v. 13. 11. 1989 -
II D 4 - 4.424 - 4

Die Prüf- und Versuchsstelle Regensburg des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz in Lappersdorf hat die nachstehend aufgeführten Feuerlösch-Kreiselpumpen nach den Normvorschriften geprüft:

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nennndrehzahl	Entlüftungs- einrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 16/8 Heck- rechts	1 2500 1/min	Flüssigkeits- ringpumpe	Daimler-Benz OM 366 LA	PVR 326/1/88
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 24/8 Heck- rechts	1 2700 1/min	Flüssigkeits- ringpumpe	Daimler-Benz OM 366 LA	PVR 327/2/88
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 8/8 Front- links	2 1670 1/min	Doppel- kolbenpumpe	Daimler-Benz OM 366	PVR 330/5/88
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 16/8 Front- links	2 1850 1/min	Doppel- kolbenpumpe	Daimler-Benz OM 366	PVR 331/6/88
Iveco Magirus AG	FP 16/8 Front- rechts	2 3770 1/min	Membranpumpe „Primatic“	KHD BF 6L 913	PVR 332/7/88
Iveco Magirus AG	FP 8/8 Front- rechts	2 3130 1/min	Membranpumpe „Primatic“	KHD BF 6L 913	PVR 333/8/89
Albert Ziegler GmbH & Co. KG	TS 8/8 - rechts	1 4400 1/min	Trocken- kolbenpumpe „Trokomat“	Hirth 3201 A03	PVR 334/9/88
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 8/8 Heck- rechts	1 2410 1/min	Flüssigkeits- ringpumpe	Daimler-Benz OM 366	PVR 338/2/89
GFT Geisselmann Feuerwehr Technik	FP 16/8 Heck- rechts	1 2600 1/min	Flüssigkeits- ringpumpe	Daimler-Benz OM 366	PVR 339/3/89

Folgende tragbare Tauchpumpen mit Elektromotor wurden nach den Normvorschriften geprüft:

Firma HOMA Pumpenfabrik GmbH, 5206 N.-Seelscheid 2

Tragbare Tauchpumpe mit Elektromotor
Tauchpumpe DIN 14425 - TP 4/1

Prüf-Nr.
PVR 335/10/88

Tragbare Tauchpumpe mit Elektromotor
Tauchpumpe DIN 14425 - TP 8/1

Prüf-Nr.
PVR 336/11/88

Folgende Armaturen wurden nach den Normvorschriften geprüft:

Firma AUG. HOENIG GmbH, 5000 Köln 80

Druck-Saugkupplung DIN 14301-D

PVR 10/88

Der zur Druck-Saugkupplung gehörende
Einbindestutzen DIN 14301-2-DS besitzt die Prüfnummer

PVR 10/88-1/2

Blindkupplung DIN 14310-D

PVR 10/88-3

Das zur Blindkupplung gehörende
Knaggenteil DIN 14301-1-DS besitzt die Prüfnummer

PVR 10/88

Festkupplung DIN 14306-D

PVR 11/88

Druckkupplung DIN 14302-C

PVR 12/88

Der zur Druckkupplung gehörende
Einbindestutzen DIN 14302-2-D besitzt die Prüfnummer

PVR 12/88-1

Saugkupplung DIN 14321-C

PVR 12/88-2

Das zur Saugkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14302-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 12/88
Blindkupplung DIN 14311-C	PVR 12/88-3
Das zur Blindkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14302-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 12/88
Druckkupplung DIN 14332-C42	PVR 12/88-6
Das zur Druckkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14302-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 12/88
Festkupplung DIN 14307-C	PVR 13/88
Festkupplung DIN 14307-C-S	PVR 14/88
Druckkupplung DIN 14303-B	PVR 15/88
Der zur Druckkupplung gehörende Einbindestutzen DIN 14303-2-D besitzt die Prüfnummer	PVR 15/88-1
Saugkupplung DIN 14322-B	PVR 15/88-2
Das zur Saugkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14303-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 15/88
Blindkupplung DIN 14312-B	PVR 15/88-3
Das zur Blindkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14303-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 15/88
Festkupplung DIN 14308-B	PVR 16/88
Festkupplung DIN 14308-B-S	PVR 17/88
Druck-Saugkupplung DIN 14323-A	PVR 18/88
Der zur Druck-Saugkupplung gehörende Einbindestutzen DIN 14323-2-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 18/88-1/2
Blindkupplung DIN 14313-A	PVR 18/88-3
Das zur Blindkupplung gehörende Knaggeteil DIN 14323-1-DS besitzt die Prüfnummer	PVR 18/88
Firma Max Widenmann, 7928 Giengen/Brenz	
Dichtring DIN 14323-4-DS	PVR 20/88

Die Prüfung ergab, daß die Feuerlösch-Kreiselpumpen und Armaturen mit den einschlägigen Normen übereinstimmen.

Aufgrund der Festlegungen in den Normen DIN 14 301, DIN 14 302, DIN 14 303, DIN 14 307 Teil 1, DIN 14 308 Teil 1, DIN 14 309, DIN 14 310, DIN 14 311, DIN 14 312, DIN 14 313, DIN 14 317, DIN 14 318, DIN 14 319, DIN 14 321, DIN 14 322, DIN 14 323, DIN 14 330 Teil 1 und DIN 14 330 Teil 2 (alle Ausgabe April 1985) behalten die nach den Vorgängernormen erteilten Prüfnummern bis zu 3 Jahre nach dem Ausgabedatum (April 1985) der neuen Normen ihre Gültigkeit.

Damit sind die alten Prüfnummern ab Mai 1988 erloschen.

Das Bayerische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz hat deshalb die in der nachstehenden Liste aufgeführten Prüfnummern für ungültig erklärt.

Firma	Armatur	DIN-Nr.	Prüf-Nr.
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Druckkupplung	14 302	ZP 32
Max Widenmann, Giengen/Brenz	B-Druckkupplung	14 302	ZP 33
Max Widenmann, Giengen/Brenz	B-Saugkupplung	14 322	ZP 34
Max Widenmann, Giengen/Brenz	A-Druck-Saugkupplung	14 323	ZP 35
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Saugkupplung	14 321	ZP 314
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Festkupplung	14 307	ZP 324
Wilhelm Barth, Fellbach	B-Festkupplung	14 308	ZP 325
Wilhelm Barth, Fellbach	C-Druckkupplung	14 302	ZP 327
Wilhelm Barth, Fellbach	B-Druckkupplung	14 303	ZP 328
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Festkupplung	14 307	ZP 331
Max Widenmann, Giengen/Brenz	B-Festkupplung	14 308	ZP 332
Max Widenmann, Giengen/Brenz	A-Festkupplung	14 309	ZP 333
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	C-Druckkupplung	14 302	ZP 337
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	B-Druckkupplung	14 303	ZP 338
Zulauf, Frankfurt	C-Druckkupplung	14 302	ZP 339
Zulauf, Frankfurt	B-Druckkupplung	14 303	ZP 340
Aug. Hoenig, Köln	C-Druckkupplung	14 302	ZP 342
Aug. Hoenig, Köln	B-Druckkupplung	14 303	ZP 343
Aug. Hoenig, Köln	C-Festkupplung	14 307	ZP 349

Firma	Armatur	DIN-Nr.	Prüf-Nr.
Aug. Hoenig, Köln	B-Festkupplung	14 308	ZP 350
Hermann Vogel, Speyer	C-Festkupplung	14 307	ZP 351
Hermann Vogel, Speyer	B-Festkupplung	14 308	ZP 352
Hermann Vogel, Speyer	C-Druckkupplung	14 302	ZP 353
Hermann Vogel, Speyer	B-Druckkupplung	14 303	ZP 354
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	C-Festkupplung	14 307	ZP 358
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	A-Festkupplung	14 309	ZP 360
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Blindkupplung	14 311	ZP 375
Max Widenmann, Giengen/Brenz	B-Blindkupplung	14 312	ZP 376
Max Widenmann, Giengen/Brenz	A-Blindkupplung	14 313	ZP 377
Hermann Vogel, Speyer	B-Druckkupplung	14 303	ZP 382
Hermann Vogel, Speyer	C-Druckkupplung	14 302	ZP 383
Hermann Vogel, Speyer	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	ZP 386
Hermann Vogel, Speyer	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	ZP 387
Hermann Vogel, Speyer	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	ZP 388
Zulauf, Frankfurt	C-Festkupplung	14 307	ZP 394
Zulauf, Frankfurt	B-Festkupplung	14 308	ZP 395
Zulauf, Frankfurt	A-Festkupplung	14 309	ZP 396
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	B-Festkupplung	14 308	ZP 3104
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	A-Druck-Saugkupplung	14 323	ZP 3105
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	ZP 3110
Max Widenmann, Giengen/Brenz	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	ZP 3111
Max Widenmann, Giengen/Brenz	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	ZP 3112
Zulauf, Frankfurt	B-Blindkupplung	14 321	ZP 3113
Zulauf, Frankfurt	B-Saugkupplung	14 322	ZP 3114
Wilhelm Barth, Fellbach	A-Druck-Saugkupplung	14 323	ZP 3117
Wilhelm Barth, Fellbach	A-Festkupplung	14 309	ZP 3118
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	C-Blindkupplung	14 311	ZP 3127
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	B-Blindkupplung	14 312	ZP 3128
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	A-Blindkupplung	14 313	ZP 3129
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	C-Saugkupplung	14 321	ZP 3133
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	B-Saugkupplung	14 322	ZP 3134
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Festkupplung	14 307	ZP 3142
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Blindkupplung	14 311	ZP 3143
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Blindkupplung	14 312	ZP 3144
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Druckkupplung	14 302	ZP 3145
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Druckkupplung	14 303	ZP 3146
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	ZP 3147
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	ZP 3148
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	ZP 3149
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Festkupplung	14 308	ZP 3150
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Saugkupplung	14 321	ZP 3152
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Saugkupplung	14 322	ZP 3159
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	A-Druck-Saugkupplung	14 323	ZP 3160
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	A-Festkupplung	14 309	ZP 3161
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	A-Blindkupplung	14 313	ZP 3162
Aug. Hoenig, Köln	C-Blindkupplung	14 311	ZP 3164
Aug. Hoenig, Köln	B-Blindkupplung	14 312	ZP 3165
Aug. Hoenig, Köln	C-Saugkupplung	14 321	ZP 3166
Aug. Hoenig, Köln	B-Saugkupplung	14 322	ZP 3167
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	ZP 3168
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	ZP 3169
FSG Feuerschutzgeräte, Frankfurt	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	ZP 3170
Zulauf, Frankfurt	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	ZP 3173
Zulauf, Frankfurt	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	ZP 3174
Zulauf, Frankfurt	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	ZP 3175
Zulauf, Frankfurt	C-Blindkupplung	14 311	ZP 3179
Zulauf, Frankfurt	B-Blindkupplung	14 312	ZP 3180
Zulauf, Frankfurt	A-Blindkupplung	14 313	ZP 3181
Paul Ludwig, Bayreuth	A-Druck-Saugkupplung	14 323	PVR-A 7/5/57
Paul Ludwig, Bayreuth	B-Saugkupplung	14 322	PVR-A 8/6/57
Paul Ludwig, Bayreuth	B-Druckkupplung	14 303	PVR-A 9/7/57
Paul Ludwig, Bayreuth	C-Druckkupplung	14 302	PVR-A 10/8/57
Paul Ludwig, Bayreuth	A-Festkupplung	14 309	PVR-A 11/9/57
Paul Ludwig, Bayreuth	B-Festkupplung	14 308	PVR-A 12/10/57

Firma	Armatur	DIN-Nr.	Prüf-Nr.
Paul Ludwig, Bayreuth	C-Festkupplung	14 307	PVR-A 13/11/57
Paul Ludwig, Bayreuth	A-Blindkupplung	14 313	PVR-A 14/12/57
Paul Ludwig, Bayreuth	B-Blindkupplung	14 312	PVR-A 15/13/57
Paul Ludwig, Bayreuth	C-Blindkupplung	14 311	PVR-A 16/14/57
Renus Armaturen, Frankfurt	A-Druck-Saugkupplung	14 323	PVR-A 21/3/58
Hermann Vogel, Speyer	C-Saugkupplung	14 321	PVR-A 32/3/59
Hermann Vogel, Speyer	A-Druck-Saugkupplung	14 323	PVR-A 33/4/59
Hermann Vogel, Speyer	B-Saugkupplung	14 322	PVR-A 34/5/59
Aug. Hoenig, Köln	A-Festkupplung	14 309	PVR-A 41/12/59
Aug. Hoenig, Köln	A-Blindkupplung	14 313	PVR-A 42/13/59
Aug. Hoenig, Köln	A-Druck-Saugkupplung	14 323	PVR-A 46/17/59
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	C-Druckkupplung	14 302	PVR-A 47/1/60
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	B-Druckkupplung	14 303	PVR-A 48/2/60
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	A-Saugdichtring	14 323	PVR-A 69/14/62
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	B-Saugdichtring	14 322	PVR-A 70/15/62
Weinheimer Gummiwerke, Weinheim	C-Saugdichtring	14 321	PVR-A 71/16/62
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	A-Druck-Saugkupplung	14 323	PVR-A 100/1/63
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	C-Saugkupplung	14 321	PVR-A 103/4/63
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	B-Saugkupplung	14 322	PVR-A 108/1/64
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	D-Druck-Saug-Kupplung	14 301	PVR-A 121/14/64
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	C-Blindkupplung	14 311	PVR-A 146/6/66
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	B-Festkupplung	14 308	PVR-A 150/10/66
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	C-Festkupplung	14 307	PVR-A 151/11/66
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	B-Blindkupplung	14 312	PVR-A 152/12/66
Wilhelm Barth, Fellbach	B-Saugkupplung	14 322	PVR-A 155/15/66
Wilhelm Barth, Fellbach	C-Saugkupplung	14 321	PVR-A 156/16/66
Deutsche Semperit, Deggendorf	D-Druck-Saug-Dichtring	14 301	PVR 9/67
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	A-Festkupplung	14 309	PVR 2/68
Franz A. Parsch, Ibbenbüren	A-Saugdichtring	14 323	PVR 3/68
Aug. Hoenig, Köln	A-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 319	PVR 7/68
Aug. Hoenig, Köln	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	PVR 8/68
Aug. Hoenig, Köln	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	PVR 9/68
Peter BTR, Hanau	D-Druck-Saug-Dichtring	14 301	PVR 10/68
Peter BTR, Hanau	A-Saugdichtring	14 323	PVR 11/69
Peter BTR, Hanau	C-Druckdichtring	14 302	PVR 15/69
Max Widenmann, Giengen/Brenz	D-Druck-Saug-Kupplung	14 301	PVR 20/69
Peter BTR, Hanau	C-Saugdichtring	14 321	PVR 21/69
Peter BTR, Hanau	B-Saugdichtring	14 322	PVR 22/69
Peter BTR, Hanau	B-Druckdichtring	14 303	PVR 23/69
Peter BTR, Hanau	D-Druck-Saug-Dichtring	14 301	PVR 24/69
Ernst Göpfert, Heide	B-Druckdichtring	14 303	PVR 1/70
Ernst Göpfert, Heide	C-Druckdichtring	14 302	PVR 2/70
Ernst Göpfert, Heide	A-Festkupplung	14 309	PVR 3/70
Ernst Göpfert, Heide	B-Festkupplung	14 308	PVR 4/70
Ernst Göpfert, Heide	C-Festkupplung	14 307	PVR 5/70
Ernst Göpfert, Heide	B-Blindkupplung	14 312	PVR 6/70
Ernst Göpfert, Heide	C-Blindkupplung	14 311	PVR 7/70
Ulrich Gummiwerke, Gelnhausen	D-Druck-Saug-Dichtring	14 301	PVR 8/70
Hermann Vogel, Speyer	B-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 318	PVR 10/70
Hermann Vogel, Speyer	C-Festkupplung mit metall. Dichtfläche	14 317	PVR 11/70
MATAR, Israel	B-Druckkupplung	14 303	PVR 4/71
MATAR, Israel	C-Druckkupplung	14 302	PVR 8/72
Allerthal-Werke, Helmstedt	C-Druckdichtring	14 302	PVR 3/73
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Druckkupplung für Druckschlauch S28	14 330	PVR 4/73
Max Widenmann, Giengen/Brenz	C-Druckkupplung für Druckschlauch S32	14 330	PVR 5/73
Allerthal-Werke, Helmstedt	B-Druckdichtring	14 303	PVR 15/73
Hermann Vogel, Speyer	D-Druck-Saug-Kupplung	14 301	PVR 9/74
Renus Armaturen, Frankfurt	B-Druck-Saug-Kupplung	14 301	PVR 2/76
Max Widenmann, Giengen/Brenz	D-Druck-Saug-Dichtung	14 301	PVR 2/80
Otto Haas, Nürnberg	D-Druck-Saug-Dichtring	14 301	PVR 1/82

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBL NW. S. 2260/SMBl. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe**Änderungen der Satzung der
Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KZVWL)**

Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 2. Dezember 1989 beschlossen:

1. § 25b der Satzung wird geändert. In die Satzung werden die §§ 25c, d, e und f eingefügt. Die vorgenannten Vorschriften sollen folgenden Wortlaut haben:

§ 25b**Sicherungsmaßnahmen bei der Gesamtvergütung**

- (1) Die KZVWL ist berechtigt, Zahlungen aus der Gesamtvergütung an die Mitglieder zurückzuhalten, wenn
 - a) sich aus konkreten Tatsachen, die von der KZVWL, den Prüfungseinrichtungen bei der KZVWL, den Krankenkassen oder den Strafverfolgungsbehörden oder Gerichten ermittelt worden sind, der begründete Verdacht ergibt, daß ein Mitglied Fehlabrechnungen vorgenommen hat und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß diese Beträge zurückgefordert werden können,
 - b) dem Mitglied rechtliches Gehör gewährt worden ist,
 - c) der Vorstand mit einer Mehrheit von 3/4 seiner Mitglieder einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat.
- (2) Der Vorstand hat das Sicherungsinteresse der KZVWL und die berechtigten Interessen des betroffenen Mitgliedes gegeneinander abzuwägen. Es dürfen nicht mehr als 50 % der jeweils fälligen Honorare einbehalten werden, jedoch höchstens der Betrag, der nach eigener Prüfung der KZVWL als Erstattungsbetrag hinreichend wahrscheinlich erscheint.
- (3) Dem betroffenen Mitglied ist nachzulassen, die Einbehaltung durch eine unbedingte, unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft einer bundesdeutschen Bank oder öffentlich-rechtlichen Sparkasse abzuwenden.

§ 25c**Sicherung bei Kostenerstattungsleistungen**

- (1) Die Vorschrift des § 25b ist entsprechend anwendbar, soweit es sich um Kostenerstattungsleistungen handelt.
- (2) Soweit Einbehaltungen gem. § 25b Abs. 1 und 2 nicht möglich sind, weil Honorare im Wege der Kostenerstattung nicht über die KZVWL gezahlt werden, kann die Stellung einer entsprechenden Bankbürgschaft im Sinne des § 25b Abs. 3 gefordert werden, um das Sicherungsinteresse der KZVWL zu befriedigen.

§ 25d**Einbehaltungsverfahren**

- (1) Der Bescheid, durch den Einbehaltungen angeordnet werden, ist dem Zahnarzt zuzustellen bei Gemeinschaftspraxen an diese, wobei die Zustellung an ein Mitglied der Gemeinschaftspraxis ausreichend ist.
- (2) Einbehaltungen, die gegenüber einer Gemeinschaftspraxis festgesetzt worden sind, können nach Auflösung der Gemeinschaftspraxis gegenüber ihren Partnern wie gegenüber Gesamtschuldnern vollzogen werden. Einbehaltungen, die gegenüber einem Zahnarzt festgesetzt worden sind, können gegenüber einer Gemeinschaftspraxis vollzogen werden, wenn diese nach Festsetzung begründet wird.

§ 25e**Rückforderungsverfahren**

- (1) Nach umfassender Aufklärung des Sachverhaltes, insbesondere hinsichtlich der Höhe des den Krankenkassen zustehenden Rückforderungsanspruches, macht die KZVWL in angemessener Zeit diesen Betrag in einem Rückforderungsbescheid gegenüber dem Zahnarzt geltend und/oder entscheidet über die Freigabe der einbehaltenen Beträge.
- (2) Soweit sich die Einbehaltungen als unberechtigt erweisen, sind die einbehaltenen Beträge mit 2 % über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank jährlich zu verzinsen. Dem Mitglied sind insoweit auch die Avalkosten für gestellte Bürgschaften zu erstatten.

§ 25f**Sicherung im Ersatzkassenbereich**

Für den Ersatzkassenbereich finden die §§ 25b, c, d und e entsprechende Anwendung."

2. § 26 der Satzung wird in der Weise geändert, daß die Absätze 1 und 2 von § 26 der Satzung wie folgt neu gefaßt werden:

- "(1) Die KZVWL erhebt zur Durchführung ihrer Aufgaben von den Mitgliedern Beiträge in Form von Festbeträgen oder einem von Hundertsatz der dem Zahnarzt zufließenden Vergütung. Die Vergütung besteht aus den dem Zahnarzt zufließenden Honoraren sowie den Material- und Laboratoriumskosten, soweit diese über die KZVWL abgerechnet werden, sowie aus den entsprechenden Erstattungsbeträgen der Krankenkassen und der sonstigen öffentlichen Kostenträger, die dem Zahnarzt im Wege der Direktabrechnung zufließen. Die Beiträge werden, soweit möglich, von der KZVWL einbehalten. Festbeträge, die nicht einbehalten werden können, sind monatlich im voraus zu zahlen. Soweit andere Beiträge nicht einbehalten werden können, sind sie innerhalb eines Monats nach Anforderung fällig. Der Vorstand kann die Beiträge in Ausnahmefällen stunden oder erlassen, wenn die Beitreibung für den Schuldner eine nicht vertretbare wirtschaftliche Härte bedeuten würden.
- (2) Im übrigen bestimmt die Vertreterversammlung Art und Höhe der Beiträge. Sie legt fest, für welche Abrechnungszeiträume die Beiträge erhoben werden."

Die bisherigen Absätze 3 und 4 sollen unverändert bestehen bleiben.

Münster, 4. Dezember 1989

Dr. Carl-Theodor Plöger
Vorsitzender des Vorstandes

Hans-Hermann Wiemann
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe**Festsetzung des Verwaltungskostenbeitrages für das Haushaltsjahr 1990**

Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 2. Dezember 1989 beschlossen:

"Der Verwaltungskostenbeitrag für das Haushaltsjahr 1990 (Abrechnungsquartale IV/1989 bis III/1990) beträgt:

1. 0,98 v. H. der Vergütung, die von der KZVWL an den Zahnarzt gezahlt wird, und zwar einschließlich der Material- und Laboratoriumskosten,
2. 0,98 v. H. der Zuschüsse der Krankenkassen und sonstigen öffentlichen Kostenträgern, die dem Zahnarzt im Wege der Direktabrechnung zufließen, und zwar einschließlich der Material- und Laboratoriumskosten.
3. Der Beitrag für außerordentliche nicht abrechnende Mitglieder beträgt monatlich DM 8,00.

Der Verwaltungskostenbeitrag für das Haushaltsjahr 1990 wird gem. § 28 der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe veröffentlicht."

Münster, 4. Dezember 1989

Dr. Carl-Theodor Plöger
Vorsitzender des Vorstandes

Hans-Hermann Wiemann
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr**Beschlüsse der Verbandsversammlung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund
Rhein-Ruhr (VRR)
vom 30. Oktober 1989**

Bek. d. Zweckverbandes VRR v. 13. 11. 1989

Die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR in der Sitzung am 30. Oktober 1989 gefaßten Beschlüsse werden hiermit gemäß § 37 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 8 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit und §§ 15 und 16 der Zweckverbandssatzung in ihrem wesentlichen Inhalt öffentlich bekanntgemacht:

Neuwahl der Stellvertreter des Verbandsvorstehers

Die Verbandsversammlung wählte Herrn **Oberkreisdirektor Dr. Siegfried Hentschel** auf sechs Jahre, jedoch höchstens für die Dauer seines Hauptamtes zum 1. Stellvertreter und Herrn **Oberkreisdirektor Rudolf Pezeley** für die gleiche Zeit zum 2. Stellvertreter des Verbandsvorstehers.

Sachstandsbericht über die Umsetzung der Neuorganisation des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr

Die Verbandsversammlung nahm den Sachstandsbericht über den Stand der Umsetzung der Neuorganisation des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Kenntnis.

Bestellung der Gründungsgeschäftsführung der neuen Verbundgesellschaft

Die Verbandsversammlung stimmte der Bestellung der Herren **Professor Dr. Hermann Zemlin** und **Dieter Marszalek** zu Gründungsgeschäftsführern der neuen Verbundgesellschaft Rhein-Ruhr zu.

Essen, den 13. November 1989

Der Verbandsvorsteher
I. A.

Hubert Gleixner
Geschäftsführer

- MBl. NW. 1989 S. 1671.

Hinweis**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 56 v. 4. 12. 1989

(Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum		Seite
9. 11. 1989	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen an Studienanfänger für das Wintersemester 1989/90	592	
9. 11. 1989	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1989/90	801	

- MBl. NW. 1989 S. 1671.

Einzelpreis dieser Nummer 4,00 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Harokistraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569